

# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Bezugszeit 20 Pfennige; Vereins-Anzeigen 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7353 im Post-Zeitungsregister.

**Inhaltsverzeichnis:** Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — „Werbende Kerntruppen“. — Die Macht des Hungers. — Konferenz der Vorstände der Zentralverbände. — Kieler Brief. — Korrespondenzen (Dresden, Berlin II, Breslau, Leipzig, Berlin, Stralsburg i. G.). — Briefkasten. — Anzeigen.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

**Leipzig.** Zum Kassentrustmann wurde Kollege Karl Wollen, Leipzig-B., Kirchstr. 9, IV, gewählt.

**Breslau.** Kollege Albert Abend wohnt Breslau V, Seepflichtstr. 16, IV.

**Mannheim.** Anfragen und Anmeldungen sind an Herrn F. Terzer, D. 5. III, 2. Etage zu richten.

### Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## „Werbende Kerntruppen.“

Der Schöpfer dieser unvergleichlich schönen Worte, welche in der dem Steinschleifer-Kongress unterbreiteten Berliner Resolution drangen, hat sich wohl nicht träumen lassen, welche Illustration die Kongressverhandlungen zu diesen Worten liefern werden. Es gehört wahrlich eine von Sachkenntnis ziemlich unbefleckte Anschauung dazu, angefaßt der traurigen Verhältnisse, unter denen diese Kategorie von Steindruckerei-Hilfsarbeitern schwachtet, mit derartigen hochtönenden Worten Stimmung zu machen. Allerdings muß zugegeben werden, daß mangels von Argumenten für die Ideen der Veranstalter auf diese Weise Stimmung gemacht werden mußte. Der Kongress wurde einberufen, um den Grenzstreitigkeiten zwischen unserem Verbands und dem Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands ein Ende zu machen und sollte beschließen, welcher Organisation die Schleifer in Zukunft anzugehören haben. Wie nicht anders zu erwarten, haben sich die guten Leuten die Sache sehr leicht gemacht; die so schwer wiegende Frage wurde einem aus beiden Teilen zusammengesetzten Forum zur Entscheidung überwiesen — jedoch standen sich die zwei Parteien in einem Verhältnis von 12 zu 2 gegenüber. Zwölf bei den Steindruckern organisierte Vertreter und zwei dem Hilfsarbeiterverbande angehörende sollten ein objektives Urteil fällen! Trotz dieser Zusammenfassung kamen die Veranstalter nicht auf ihre Rechnung, das Ergebnis des Kongresses ist gleich Null. Wir stehen nach wie vor auf demselben Standpunkt, die „brennende“ Frage harzt noch immer der Entscheidung. Eines aber hat der Kongress gezeitigt, und das ist von unschätzbarem Werte für unsere Agitation. Aus den Situationsberichten geht unbestreitbar hervor, daß Steinschleifer Hilfsarbeiter sind, und das allein genügt. Nahezu sämtliche Delegierte berichteten, daß die Mehrzahl der Schleifer bei Schundlöhnen alle möglichen Nebenarbeiten zu verrichten haben. In vielen Orten werden bei Bedarf sogenannte Gelegenheitsarbeiter herangezogen, wie Maurer, Erdarbeiter usw., wodurch doch zur Genüge der Beweis erbracht wird, daß Steinschleifen wohl eine sehr schwere physische Arbeit ist, welche aber in keinem Verhältnis zu der des Lithographen oder Steindruckers steht. Welche Argumente haben nun diejenigen, welche für die Zu-

gehörigkeit zur Gehilfenorganisation plaidierten? „Intimes Zusammenarbeiten mit den Druckern“, „Hebung der Kollegialität“, „Einschränkung des Kosteneifers“ und dergleichen mehr konnte man hören, aber praktische Gründe konnten nicht ins Treffen geführt werden. Auf die Frage, ob die Arbeit einer Anlegerin nicht enger mit der des Maschinenmeisters verknüpft ist, erklärte ein Berliner Delegierter, dieselbe wäre jeden Augenblick zu erliegen, da ihre Arbeit bei weitem nicht jene Sachkenntnis erfordert, wie die des Steinschleifers. Ob dieser Schlawenberger schon mal auf dem Tritt gestanden hat? Ich erlaube mir dies zu bezweifeln. Daß man aber praktische gewerkschaftliche Fragen in den Hintergrund stellt, um die Organisation der „Förderung der Kollegialität“ dienbar zu machen, zeigt, welcher immensen Aufklärungsarbeit es noch bedarf, um diese Kreise mit dem Zweck und Nutzen der Gewerkschaften bekannt zu machen.

Und nun zu dem angeführten, auch schon anderwärts oft besprochenen Klagengeist, der überall da zu finden ist, wo gelehrte und ungelernete Arbeiter als „Vorgelegte“ resp. „Untergebene“ zusammenarbeiten. Hierzu leistete uns der Hauptvorsitzende Sillier einige köstliche Ausprüche, welche festgehalten werden müssen, weil sie von einem Manne herrühren, welcher infolge seiner Stellung als Leiter einer großen Organisation über einen eventuellen Verzicht der Unkenntnis erhaben ist. „Wenn die Schleifer zum Hilfsarbeiterverband übergeben, dann wird der Klassengegenschlag noch mehr hervortreten! Bis jetzt haben die Drucker für die Interessen der Schleifer gesorgt, nachher hört dies aber auf!“ — Für diese Äußerungen müssen wir Herrn Sillier dankbar sein. Er hat uns von einem Irrtum, in dem wir befangen waren, befreit. Die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen leben nämlich bis jetzt in dem Wahn, die Gehilfenorganisationen machen ihren Einfluß auf ihre Mitglieder auch dahin geltend, daß der vielleicht früher berechtigte, bei der heutigen Produktionsform in Verbindung mit dem Lohnfludentum aber teils unmögliche, teils schädliche „Künstlerstolz“ incessiv verschwindet. Herr Sillier überzeugt uns vom Gegenteil. Ihm gebührt der Ruhm, uns den Star gestochen zu haben. Wenn es erst der Zugehörigkeit zu ihrer Organisation bedarf, um die Lithographen und Steindrucker zu überzeugen, daß die Steinschleifer und sonstigen Hilfsarbeiter auch Menschen sind und als solche behandelt werden wollen, dann wären wir begierig zu erfahren, wie die Interessen der Schleifer in jener Organisation vertreten werden. Trotz dieser, von autoritativer Stelle abgegebenen Erklärung sind wir überzeugt, daß der größte Teil der in Betracht kommenden Gehilfen mit so viel gesundem Menschenverstand ausgerüstet ist, um die Behauptungen ihres Vorstehenden nicht zu unterschreiben. Wenn die Schleifer aus praktischen Gründen es vorziehen, den Emanzipationskampf der Arbeiterchaft in der auch für sie geschaffenen Hilfsarbeiterorganisation auszufochten, dann werden sie von der organisierten Gehilfenchaft nach Möglichkeit ebenso unterstützt werden, wie die Buchdruckerei-Arbeiterinnen und -Arbeiter von den Buchdruckern.

Eine weitere sehr bemerkenswerte Frage ist die Einführung eines Minimal-Lohns. Schon während der Kongressverhandlungen wiesen die Vertreter unseres Verbandes, darunter auch Steinschleifer, auf die Undurchführbarkeit der im Tarif-

entwurf aufgestellten Lohnsätze hin. So notwendig auch wir eine Erhöhung der jetzt bezahlten Löhne halten, können wir doch nicht annehmen, daß eine Steigerung von 10, 11, 12 Mk. sofort auf 22 Mk. erreichbar ist. Sillier gab auch zu, allerdings nach vielen Tränen unsererseits, daß an ein solches Minimum nicht zu denken ist. Ja, welchen Zweck hat dann die Aufstellung dieses Tarifes für die Schleifer, wenn er nicht durchführbar ist? Es wäre beleidigend, von Köder zu sprechen, dazu wäre die Sache viel zu durchsichtig, aber von allzu großer Genialität zeugt ein derartiges Unternehmen gerade nicht. Sind die leitenden Persönlichkeiten, welche diesen Tarif ausarbeiteten, über das Wesen von Tarifgemeinschaften so schlecht informiert, die Grundbedingungen, die erfüllt werden müssen, um derartige Forderungen durchsetzen zu können, gänzlich außer Acht zu lassen? Nicht einmal dem Buchdruckerverbände, dieser mächtigen, dem Unternehmertum Respekt gebietenden Organisation wäre es möglich, Forderungen der Hilfsarbeiter in ihren Tarif einzuschleichen — weil letztere noch nicht über jene Kraft verfügen, um mit den Buchdruckern gleichen Schritt zu halten.

Deswegen kommt für ungelernete Arbeiter nur jene Taktik in Betracht, welche unser Verband seit Jahren mit stetem Erfolg anwendet: Ausnutzung der Geschäftskonjunktur und Beherrschung des Arbeitsmarktes durch gut funktionierende Arbeitsnachweise. Nur auf diese Weise sind die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen vorwärts gekommen und auch die Steinschleifer werden von solch gefährlicher Apatiterei, wie sie momentan betrieben wird, bald genug abkommen . . .

Die angenommenen Resolutionen sind so belanglos, daß sich eine Besprechung derselben an dieser Stelle erübrigt. Das „Material“, welches dem Dresdener Verbandsstag der Lithographen und Steindrucker überwiesen wurde, besteht in der Hauptsache aus ziemlich gleichlautenden Resolutionen und aus den Situationsberichten. Letztere aber sind für uns so wichtig, daß wir sie schon vor den Verbandstagen eingehend studieren und unsere Lehren daraus ziehen werden. Unser Verband hat sich zur Aufgabe gemacht, allüberall für die Interessen der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen einzutreten. Die Lage unserer Kollegen und Kolleginnen in den Steindruckereien ist eine so traurige, daß wir unsere ganze Kraft aufbieten müssen, um einzudringen in jene Kreise. Aber unsere Pflicht ist es auch, jedes Hindernis rückstandslos aus dem Wege zu räumen, welches uns entgegensteht. Ein solches Hindernis müssen wir in der Abspaltung der Steinschleifer von der übrigen Hilfsarbeiterchaft erblicken. Weil wir erkennen, daß dieser Zersplitterung kein praktischer Gedanke zu Grunde liegt, daß dieselbe lediglich das Produkt eines vermeintlichen „Reifeinwillens“ ist, müssen wir Front dagegen machen. Unbekümmert um alle Beschlüsse, die da gefaßt werden, muß unsere Organisation den eingeschlagenen Weg weitergeben. Ohne „werbende Kerntruppen“, aber als eine geschlossene Truppe wird sie stets und ständig ein Bollwerk sein gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Wir wollen nicht um Hilfe und Unterstützung betteln, sondern werden unsere Ziele erreichen aus eigener Kraft!

E. Rucher.

## Die Macht des Hungers.

Aus Halle a. S. sind uns verschiedene Gewerbegerichts-Urteile zugegangen, welche recht krasse, tief traurige Fälle aus dortigen Buchdruckereien beleuchten; zwei der krassen wollen wir hier anführen. Die Arbeiterin Elmire Nebler, die gegen den Buchdruckereibesitzer Wacke wegen kündigungslöser Entlassung klagte, kam eines Morgens später zur Arbeit, weil sie mit ihrem kranken Kinde zum Arzt gehen mußte: sie geriet mit dem Angeklagten in Wortwechsel und sagte dabei, daß sie kündigungswillig werde! Der Arbeitgeber erwiderte, sie könne gleich gehen und die Klägerin ging, ohne ihr Kündigungsgeld geltend zu machen. Sie war der Ansicht, daß sie gehen dürfte und veräußerte zu erklären, daß sie Unterhaltung der Kündigung verlange oder die Bezahlung der Kündigungszeit resp. den Lohnausfall verlange. Nach der geschiederten Darstellung nahm das Gericht stillschweigendes Einverständnis mit der plötzlichen Lösung des Arbeitsverhältnisses als vorliegend an. Die arme Klägerin, der man Not und Elend vom Gesicht ablesen konnte, erklärte vollständig mittellos zu sein und nichts zu essen zu haben. Der Vorsitzende bat den Beklagten, der Klägerin vergleichsweise doch etwas zu geben: da dieser sich ablehnend verhielt, verwies er die Klägerin an die Armenunterstützung. Die Klägerin aber sagte: „Da bekomme ich doch keine Unterstützung“. Schließlich erklärte sich der Beklagte bereit, die Klägerin nach drei Tagen wieder in Arbeit zu nehmen, und sie nahm das Anerbieten an.

Welche Geschichte von Not, Sorge, Entbehrung und Demütigung enthält diese Schilderung. Eine arme Arbeiterin wird sofort entlassen, weil sie zu spät gekommen ist, sie verläßt in der Aufregung ihr geistliches Recht auf Kündigung oder Bezahlung geltend zu machen, und Rechtsunkenntnis schützt bekanntlich weder vor Strafe, noch wie in diesem Fall vor direkten Schaden. Wer würde sie befehlen, wer stärkt ihre Geisteskenntnis und wer stände ihr ratend und helfend zur Seite? Belehrung und Unterstützung findet sie in der Organisation, doch sie hatte den Weg zu ihr noch nicht gefunden. Arbeitslos und allein ist sie schuldig der Unternehmerwillkür preisgegeben. Trotzdem man ihr einer Form wegen ihr Recht nicht geben konnte, trotzdem sie von dem Unternehmer herablos und ungerecht behandelt worden ist, geht sie wieder zu ihm in Arbeit, denn sie ist mittellos und hat für sich und ein krankes Kind nichts zu essen. Der Hunger und die Liebe veranlassen sie, über Kränkung und Ungerechtigkeit hinwegzusehen und den Rücken noch tiefer zu beugen. Armes, unwissendes Menschenkind, möchte man ausrufen, hast Du noch nie etwas von Solidarität unter Deinen Kollegen und Kolleginnen gehört? War Dir ein so tief trauriges Bekenntnis und ein solcher Entschluß an Gerichtsstelle leichter, als der Weg zu Deinen Mitarbeitern und Arbeiterinnen? Hätte sie den Ruf der Kollegen und Kolleginnen beachtet, sie hätte nicht bitten und betteln brauchen, sie hätte ein Recht auf Hilfe, auf Unterstützung in der Not und Arbeitslosigkeit gehabt und eine andere Arbeitsstelle wäre ihr ohne Schwierigkeiten nachgewiesen worden. — Der Fall lehrt uns wieder, wie unbedingt notwendig es ist, daß noch mehr als bisher Agitation und Kleinarbeit entfaltet wird! Gerade diejenigen Arbeiterinnen, die auf Grund ihrer tieftraurigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein doppeltes und dreifaches Joch zu tragen haben, die brauchen ja unsere Hilfe am dringendsten. Fröh hinein in die Druckerei, das Kind fremden Leuten überlassend, treibt abends die Sorge um das Kind und andere Verpflichtungen sie so schnell als irgend möglich nach Hause zu kommen, wo sie abends Hausfrau, Mutter und Erziehlerin sein soll; die Schule hat ihr wenig Wissen mit auf den Lebensweg gegeben, sie hat wohl beten und manchen frommen Spruch gelernt, aber Umsicht und Selbständigkeit, ebenso Wertschätzung der eigenen Person und Arbeit, das sind ihr fremde Dinge, und nun gar erst Geisteskenntnis! Wer gibt ihr da die notwendige Aufweisung, Zeit und Mittel zum Lernen? Wäre es nicht unabwendbare Pflicht auch des Staates, darauf hinzuwirken, daß in den obersten Schulklassen den Kindern Geisteslehre gegeben wird? Gibt doch eine jede Verbindung, gleichviel welcher Art, ihre selbstgeschaffenen Geistes den Angehörigen als Eigentum gebend zur Information der Rechte und Pflichten und zur Belehrung, sie hält zur Weiterverbreitung und Bildung Versammlungen und Zusammenkünfte

ab, die jeder ohne Kosten besuchen kann. Wie notwendig und wichtig wäre eine Geisteslehre für die Proletarierkinder, deren Erwerbsfähigkeit ja schon im zartesten Kindesalter als selbstverständlich und gewohnt bestrahlt wird. Was hier durch mangelhafte Schulen und unzureichende Erziehung besonders der Mädchen gefährdend wird, das müssen wir als Organisation mit Ausdauer und Energie wieder auszugleichen suchen. Wir dürfen auf Grund unserer Überzeugung und Erfahrung nicht dulden, daß aus freien, selbständigen Menschen Knechtsnaturen gemacht werden, weil Not und Unkenntnis sie dazu treiben.

Der andere Fall liegt folgendermaßen. Derlei Unternehmer Warnede verklagte zwei Arbeiterinnen Gebhardt und Thiele, weil sie ohne Kündigung die Arbeit verlassen haben; er beantragte die eine mit 5,40 Mk., die andere mit 6,60 Mk. (ob dies der Wochenlohn ist? Red.) zu bestrafen, er wolle diese Strafumme der Armenkassa überweisen. Es wurde dem Kläger vom Vorsitzenden bedeutet, daß er eine Bestrafung der Arbeiterinnen nicht fordern könne. Die Arbeiterinnen erklärten, daß sie die Arbeit verlassen haben, weil der Maschinenmeister des Klägers sie wiederholt beleidigt und Scheltworten wie Schmierbestie, Müddieb, Unikum usw. gebraucht habe. Die Beweishebung ergab die Richtigkeit der Angabe, der Maschinenmeister erklärte, er habe das nicht „so gemeint“. Das Gericht erkannte eine Beleidigung als vorliegend und erklärte, daß die Arbeiterinnen berechtigt waren, ohne Kündigung die Arbeit zu verlassen. Der Kläger wurde abgewiesen. Zwei krasse Fälle in kurzer Zeit in einer Druckerei! Welche Vorstellung muß dieser Prinzipal von dem Ehrgefühl und den Menschenrechten seiner Arbeiterinnen haben? Die Eine wird sofort entlassen, weil sie zu spät kommt. Grund: sie mußte ihr krankes Kind zum Arzt bringen. Nachdem sie wegen eines Formfehlers den ihr somit zustehenden Lohnausfall nicht erhalten kann, ist sie bereit, um Hunger und Not zu stillen, dort nach drei Tagen wieder anzufangen und der Unternehmer wird sich noch als Wohlthäter vorkommen. — Auf der anderen Seite tritt derselbe Unternehmer als Kläger auf und verlangt die Bestrafung zweier Arbeiterinnen, die sich nicht maßlos beschimpfen lassen wollten. Er hatte ja die Absicht, mit den beantragten Strafgebern, welche die Arbeiterinnen zahlen sollten, „Gutes“ zu tun, sie sollten der Armenkasse überwiesen werden. — Aber die Arbeiterinnen waren im Recht und die gedachte „Wohltat“ mußte unterbleiben.

Lernen wir wieder aus Vorstehendem, wie notwendig es ist, entweder durch Flugblätter, Hausagitation oder Druckereiveranstaltungen Aufklärung unter unseren Kollegen und Kolleginnen zu verbreiten; wir haben doch aus verschiedenen Städten glänzende Beweise, wie es möglich wurde, durch festen Zusammenhalt den Hunger aus den Reihen unserer Mitglieder zu verbannen, wie wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen und wie oft wir freudig dazugehen konnten, daß nicht nur Mitglieder gewonnen wurden, sondern daß aus den Reihen unserer Kollegen und Kolleginnen immer mehr tüchtige, überzeugte Mitarbeiter hervorgegangen sind! Wachen wir es uns ganz besonders zur Pflicht, unsere doppel- und dreifach belasteten Kolleginnen zu überzeugen, damit sie nicht in Hilflosigkeit mit dem Gefühl im Herzen, daß ihnen Unrecht geschieht, der Macht des Hungers gehorchen müssen.

## Konferenz der Vorstände der Centralverbände.

Berlin, 12. u. 13. Oktober 1903.

Der vierte Gewerkschaftskongress stimmte ohne Debatte einem Vorschlage des Vorsitzenden zu, nach welchem die Generalkommission erwogen solle, „ob es nicht zweckmäßig ist, jedes Jahr einmal den Zentralvorständen Gelegenheit zu geben, zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzutreten, um die verschiedenen auftauchenden Fragen zu erledigen“.

Die Generalkommission folgte diesem Vorschlage und berief die erste derartige Konferenz nach Berlin für den 12. und 13. Oktober. An der Konferenz nahm dem Vorschlage der Generalkommission gemäß je ein Vertreter des Vorstandes jedes Centralverbandes teil. Mit Ausnahme des Verbandes des Buchdrucker-Clubs-Löhringens, der Civilmischer und der Dachdecker waren sämtliche Centralvorstände

fast ausschließlich durch den Vorsitzenden des Verbandes — vertreten.

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der Frage, welche Organisation die Streikunterstützung für diejenigen Arbeiter abgeben solle, die nur in geringer Zahl in einem Betriebe beschäftigt sind und durch Beschluß der für den Betrieb maßgebenden Organisation mit zur Arbeitsentstellung veranlaßt werden. Es wurde folgender Beschluß diesbezüglich gefaßt:

„Für die Genehmigung, Inzenerierung und Leitung eines Streiks kommt, sofern nicht Weiterungen für andere Organisationen daraus entstehen, nur die für das betreffende Gewerbe bestehende Berufsorganisation in Betracht, und hat diese auch die Unterstützung der Streikenden, mit Ausnahme der Mitglieder anderer Organisationen, zu übernehmen. Letztere erhalten ihre Unterstützung von demjenigen Verbande, dem sie als Mitglied angehören.“

Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufe, z. B. Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht.

An etwaigen Streiks in solchen Betrieben haben sich die sogenannten betriebsfremden Arbeiter (z. B. Maurer in einem Eisenwerk), nur dann zu beteiligen, wenn zwischen den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Organisationen ein gemeinsamer Streik vereinbart ist. Auch in diesen Fällen unterliegt jede Organisation ihre eigenen Mitglieder. Letzteres soll auch der Fall sein, wenn die Mitglieder einer Organisation durch den Streik einer anderen Organisation in Mitleidenchaft gezogen werden.“

Bei Erörterung dieser Frage kam auch der Uebertritt von Mitgliedern aus einer Organisation in die andere bei eintretendem Berufswechsel zur Sprache. Da nach dieser Richtung hin ein Beschluß des dritten Gewerkschaftskongresses vorliegt, so konnte es sich für die Konferenz nur darum handeln, dem nächsten Gewerkschaftskongress Anregung für eine Aenderung dieses Beschlusses zu geben. Letzterer, von dem Gewerkschaftskongress von 1899 angenommen, lautet:

„Scheidet das Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation aus seinem Berufe aus, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Von der Organisation des neuen Berufes darf kein Zwang auf ein solches Mitglied ausgeübt werden, daß es sich dieser Organisation anschließen soll. Dagegen hat jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sich bei Kämpfen zwecks Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Beschlüssen derjenigen Organisation, in deren Beruf es arbeitet, unterzuordnen.“

Es lagen der Konferenz Vorschläge vor, nach welchen die Mitglieder bei Berufswechsel der Organisation ihres neuen Berufes beitreten sollen, es sei denn, ihre Beschäftigung im neuen Berufe gilt nur als eine vorübergehende. Ferner wurden noch Bestimmungen bezüglich des Uebertrittes aus einer Organisation in die andere in Vorschlag gebracht. Nach eingehender Diskussion, in welcher auch die Abgrenzung der Agitationsgebiete für die einzelnen Organisationen eine große Rolle spielte, lehnte die Konferenz alle nach dieser Richtung gemachten Vorschläge ab, weil sich eine allgemeine Regelung dieser Fragen kaum herbeiführen läßt und bis auf weiteres den einzelnen Organisationen unter einander die Regelung vorbehalten bleiben muß.

Sodann erörterte die Konferenz allgemein die bei Streiks und Aussperrungen anzuwendende Taktik und empfahl, daß bei Kämpfen, die sich vorwiegend auf Berufe erstrecken würden, die bei Beginn des Kampfes nicht unmittelbar beteiligt sind, eine vorherige Verständigung mit den Organisationen dieser Berufe herbeigeführt werden soll.

Gewerkschaftliche und amtliche Statistik lautete der zweite Punkt der Tagesordnung der Konferenz. Es wurde hierbei vereinbart, daß Materialien über die Gewerkschaften in allgemeinen nur durch Vermittlung der Generalkommission an die Behörden gelangen soll, welche solches Material wünschen.

Dann wurde die Generalkommission beauftragt, dahin zu wirken, daß die amtliche Statistik so gestaltet wird, daß den Gewerkschaften die Mitarbeit an dieser Statistik ermöglicht ist, d. h. es soll bei der Regierung beantragt werden, die Fragen kriminalrechtlicher Natur in der amtlichen Statistik fortfallen zu lassen. Wenn dieses Verlangen erfüllt wird, so könnte die gewerkschaftliche Statistik wesentlich vereinfacht werden.

Die letztere soll aber, ohne Rücksicht darauf, ob dem Wunsche der Gewerkschaften seitens der maßgebenden Stellen Folge gegeben wird, infolge einer Erweiterung erfahren, daß nicht nur über die Streiks, sondern auch über die Lohnbewegungen, welche ohne Arbeitsentstellung ihre Erzielung finden, alljährlich berichtet wird.

Die für die gewerkschaftliche Streik- und Gewerkschaftsstatistik verwandten Materialien wurden einer kritischen Besprechung unterzogen und Anre-

gungen für Verbesserungen und Vereinfachung gegeben.

Der Internationale Vereinbarung, welche die Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre im Juli 1903 in Dublin getroffen hatte, wurde die Zustimmung gegeben. Einem Mitgliede, der auf internationalem Gebiet infieren bezieht, daß den Mitgliedern deutscher Gewerkschaften bei Auswanderung nach Amerika, Australien und England der Eintritt in die Organisation dieser Länder sehr erschwert wird, soll dadurch abgeholfen werden, daß alle Verbände die Bruderorganisationen in den genannten Ländern zum Abschluß von Kartellverträgen betreffend Uebertritt der Mitglieder veranlassen.

Bezüglich der Waiseier wurde von der Konferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben, die entscheidende Stelle der internationale Arbeiterkonferenz möge dafür sorgen, daß die Feier in allen Ländern einheitlich werde, damit nicht den Arbeitern des einen Landes Kosten auferlegt werden, die sich aus der Durchführung des Beschlusses von 1889 erheben, während andere Länder sich diesem Beschlusse gegenüber passiv verhalten. Möge sich diese Einheitlichkeit nicht herbeiführen, so müsse der Beschluß von 1889 abgeändert oder aufgehoben werden.

Der Heimarbeiterschutzkongress soll, so beschloß die Konferenz, Anfang Februar 1904 stattfinden. Als Tagesordnung wurde in Aussicht genommen: 1. Die soziale Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen und die Notwendigkeit ihres gesetzlichen Schutzes. 2. Die gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie für das konsumierende Publikum. Es soll ferner darauf hingewirkt werden, daß seitens der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage in der nächsten Session ein Heimarbeiterschutz-Gesetzentwurf eingebracht wird. Der Kongress soll in Berlin stattfinden, um den Reichstagsabgeordneten und den Regierungsdirektoren Gelegenheit zu geben, die Wünsche der Heimarbeiter unmittelbar kennen zu lernen.

Die Konferenz nahm sodann noch einige aus dem Kreise der Teilnehmer gegebene Anregungen entgegen, bezüglich der von den Korrespondenzbüros verhandelten Literaturbeiträge, der Unterstützung der Textilarbeiter in Grimmitzsch, Einrichtung eines gemeinsamen Uebersetzungsbüros usw. Der Vorsitzende der Konferenz konnte am Schluß der Verhandlungen konstatieren, daß in der Konferenz ein gelobtes Zusammenwirken der Zentralverbände zutage getreten sei, das erwarten läßt, es würden auch die noch schwebenden und durch Beschlüsse nicht zu beseitigenden Differenzpunkte aus dem Gewerkschaftsleben Deutschlands bald völlig verschwinden. (Korrespondenzblatt.)

## Kieler Brief.

Die hiesige Organisation der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die im Februar 1902 ins Leben gerufen wurde, steht trotz vieler Mühe und Arbeit immer noch auf sehr schwachen Füßen. In letzter Zeit hängt dieselbe an, sich etwas besser zu entwickeln.

Zur Zeit zählt die Organisation in Kiel 29 Mitglieder, und zwar 16 Austrägerinnen, 8 An-legerinnen und 5 männliche Hilfskräfte. Nachdem nun von der Organisation die Adressen der am Ort beschäftigten Personen beschafft worden sind, und die Buch- und Stein-drucker ihre tatkräftige Unterstützung zugesagt haben, wird sich jedenfalls das Ganze etwas günstiger gestalten. Durch Haus-ogitation soll versucht werden, die uns noch Feh-lenden für unsere gute Sache zu gewinnen. Die angeführten Zahlen aber sollten zu denken geben. Verschleudert ist gegen die Aufnahme der Aus-trägerinnen in die Organisation Front gemacht worden und wie wir sehen, stellen sie in Kiel das größte Kontingent an Mitgliedern. In anderen Städten wird es nach unserer Ueberszeugung ebenso kommen, sobald nur dafür agitiert wird. Die Animo-sität gegen die Aufnahme der Austrägerinnen muß mit der Zeit verschwinden, wenn man tatsächlich die Organisation erweitern will. Doch davon ein andermal.

Von den eigentlichen Hilfsarbeitern und Ar-beiterinnen, die am Orte sind, sollte man etwas mehr erwarten können; denn würden die noch Fern-stehenden in die Reihen der Kämpfer eintreten, so würde sich auch ihre traurige Lage heben und ein Lohn von 7,50 Mk. für Anlegerinnen nicht mehr möglich sein. Auch die männlichen Hilfsarbeiter haben alle Ursache, mit zu tun; denn werden sie nicht stellenweise geradezu ausgebeutet? Spottet nicht mit-unter die Behandlung jeder Beschreibung? Es gibt in Kiel männliche Hilfsarbeiter, die den Fuß küssen, der ihren Raden tritt. Solange aber noch ein der-

artiger sklavischer Rechtsinn in den Leuten steckt, so lange sie nicht selbst ein wenig für die Befreiung ihres Jochs zu tun beabsichtigen, so lange wird auch die Organisation keine leichte Arbeit haben. Aber dies alles soll uns nicht abhalten, vertrauensvoll in die Zukunft zu schauen. Die Organisierten müssen alles tun, was in ihren Kräften steht, und der Erfolg wird dann schließlich doch nicht ausbleiben.

Zimmer und immer wieder müssen sie die In-differenten heranzuziehen suchen, ihnen zeigen und sagen, welchen Nutzen eine stramme Organisation hat, wie sie sich vermöge derselben bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse schaffen können. Es muß ihnen gezeigt werden, wie eine verkürzte Arbeitszeit sie erst wirklich zu Menschen macht, zu denkenden, fühlenden Menschen, und wie sie sich dann auch an allem Schönen erfreuen und teilhaben können an dem, was die Kunst auf allen Gebieten hervorbringt, was aber zu genießen bis jetzt nur ein Recht der vom Wammion bezorgten Klasse ist.

Darum hinein in die Organisation, ihr Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen von Kiel, damit auch Ihr teilhaftig werdet an all den großen Kulturerrungenschaften der Neuzeit. E. Schl.

## Korrespondenzen.

**Reaktionschluß** ist am Dienstag. Die Schrift-führer werden dringend ersucht, das Papier nur auf einer Seite zu beschreiben.

**Dresden.** Öffentliche Versammlung vom 14. Oktober. Zunächst hielt Genosse Starke einen Vortrag über Kranken- und Invalidenversicherung. Redner ging auf die erste Krankenerweiterungs-Gesetzgebung ein, die in die Zeit des Sozialistengesetzes fällt, erläuterte besonders die Pflichten und Rechte der Versicherten und kommt am Ende seiner Ausführungen zu dem Schluß, daß die Arbeiter mit den gegenwärtigen Versicherungseinrichtungen durchaus noch nicht befriedigt sein können. Ganz besonders treffe das bei der Alters- und Invalidenversicherung zu. Redner erntete lebhaften Beifall für seine inter-essanten, klaren Ausführungen. Nur wurde bedauert, daß die Versammlung so schwach besucht war und dieser lehrreiche Vortrag dem größten Teile der Mit-glieder vorzuenthalten blieb. Aus dem Jahresbericht ging hervor, daß die Arbeit wiederum bedeutend ge-stiegen, auch die Mitgliederzahl wieder eine Zu-nahme zu verzeichnen hatte. Die Einnahmen be-trugen 2020,63 Mk., Ausgaben 1465,34 Mk., so daß ein Restbestand von 555,29 Mk. verbleibt. Hierauf wurde die Crimmitzschauer Bekehrung 20 Mk. bewilligt. Das nächste Stiftungsfest findet Dienstag, den 9. Februar, im Volkshaus statt. Es mußte ein Wochentag erwählt werden, da der Saal des Volkshauses Sonntags den Gewerkschaften nicht mehr zur Verfügung steht. Kollege Nide teilt noch mit, daß im Anblich an den Steinbleiserkongress am Mit-twoch, den 21. eine Versammlung stattfinden soll. Dieses wird indes abgelehnt, weil infolge der Stein-bleiserkongress in den letzten drei Wochen drei Versammlungen stattfinden mußten, eine gute Betei-ligung deshalb kaum zu erwarten ist.

**Berlin.** Zahlstelle II. Versammlungsbericht vom 18. Oktober 1903. Nach Verlesung und An-nahme des Protokolls teilte der Vorsitzende mit, daß sich die Kollegen Amberg, Bielefeld, Schröder, H. Thiel, D. Voigt, A. Weber frank, und die Kollegen W. Labwig, H. Oberender, M. Altmann, M. Sandke, M. Schulz, Franz Voigt gesund gemeldet haben. Ausgeschlossen sind die Kollegen Hübner und G. Raichke. Zum Militär eingezogen August Nidel und Rehm. Zum anderen Beruf übergegangen ist der Kollege Graf. Gestorben ist der Kollege Biele-feldt. Die Versammlung ehrte das Andenken des Kollegen durch Erheben von den Plagen. Die Lohn-verhältnisse in der deutschen Warte sind durch Ein-greifen der Vorstände in der Weise geregelt, daß Zu-lagen in der Höhe von 50 Pf. bis 2 Mark bewilligt wurden. Nach langen vergeblichen Bemühungen ist es den Kollegen und Kolleginnen von Wölfe endlich gelungen, eine Verringerung der Arbeitszeit durchzu-setzen. Diefelbe endigt jetzt um 6 Uhr. Am 12. Ok-tober fand eine Druckereiverammlung von Grebe statt. Hier war der Vertrauensmann der Maschinen-meister entlassen worden, weil er die Zeit bezahlt verlangte, während welcher sie nach Schluß der Ar-beitszeit auf Geld warten mußten. Nachdem der Gauvorstand mit den Vertrauensleuten vorstellig ge-worden, wurde derselbe wieder eingestellt. Agita-tionsveranstaltungen haben stattgefunden bei Riefen-stahl & Junpe, sowie Schade (Zah. Kranke). Der Vorstand hatte eine Beschwerde gegen den Ober-meister Herrn Timm beim Vorstand eingereicht, weil derselbe nach Schluß der Arbeitszeit angeleget und Herr Walle (Seher) gefolgt haben soll. In der betreffenden Sitzung stellte sich heraus, daß der Vorstand falsch unterrichtet war. Kollege Weich

verurteilt entschieden eine solche Handlungsweise und ersucht die Kollegen, bei ihren Angaben stets bei der Wahrheit zu bleiben. Kollege Sternitzki teilt mit, daß wieder verschiedene Zeitungen als unbestellbar zurückgekommen sind und ersucht die Kollegen um An-gabe der genauen Adresse. Falkenberg ersucht die Kollegen, Ausschließen nicht zu verlassen, ehe sie den Vertrauensmann benachrichtigt haben. Als-dann wurden 38 Kollegen neu aufgenommen und vom Vorliegenden willkommen heißen. Betreffs Statist-ik führt Kollege Weich ungefähr folgendes aus: Diefelbe soll als Unterlage dienen für einen Lohn-tarif; jedoch sind verschiedene Fragebogen sehr un-günstig ausgefüllt worden. Es ist unbedingt nötig, daß in Zukunft diefelben genau ausgefüllt werden. Redner gibt nun eine Uebersicht über die Verhält-nisse in den Druckereien betreffend Lohn und Arbeits-zeit, woraus zu ersehen ist, daß die neunstündige Ar-beitszeit größtenteils durchgeführt ist. Im Ver-gleich zu anderen Organisationen können wir sagen, daß wir auf Grund unserer Organisation und die Verhältnisse derartig geschaffen haben. Die Stat-istik hat ferner ergeben, daß wir noch zweihundert unorganisierte Kollegen haben, welche wir ebenfalls zu uns herüberziehen müssen. Kollege Arete erklärt, daß für Ulstein ein Irrtum unterlaufen ist, da die Notationsarbeit nur eine achtsündige Arbeitszeit hat, während eine 8 1/2-stündige angegeben ist. Kol-lege Falkenberg meint, da die Statistik ergeben hat, daß wir noch Druckereien haben, wo die Kollegen sehr Stunden arbeiten müssen, wir hier noch ein großes Stück Arbeit zu verrichten haben, um auch hier zur Macht zu gelangen. Kollege Jädide er-kennt die Statistik als gut bearbeitet an. Umso be-dauerlicher ist es, daß so viele alte Kollegen bei einem so wichtigen Punkt wie die Statistik ist, die Verammlung nicht besuchen. Weich erklärt der-selben Ansicht zu sein wie Jädide; jedoch wird ein vollständig klares Bild über die Statistik in einer der nächsten Versammlungen vorgelegt werden. Unter Berücksichtigung macht Kollege Weich darauf aufmerksam, daß jedenfalls auf der nächsten Tages-ordnung der Antrag wegen Erhöhung der Beiträge um 5 Pf. pro Woche ergehen wird. Kollege Falken-berg ersucht, diese Angelegenheit fallen zu lassen, man möge erst abwarten, wie wir mit der Anstellung des Nachweisers fahren werden. Kollege Moritz tritt dem Kollegen Falkenberg entgegen. Es ist absolut notwendig, daß der Vorsitzende angestellt wird. Jädide weist darauf hin, daß es gar nicht nötig ist, darüber zu debattieren, da der Vorstand diesen Punkt auf die Tagesordnung legen kann. Weich verliest nun einen Brief eines in Not geratenen alten Kol-legen; derselbe bittet um eine Unterstützung. Kol-lege Jädide beantragt, demselben 50 Mk. zu bewil-ligen, Kollege Moritz stellte den Antrag, das be-treffende Schreiben den Vertrauensleuten zuzustellen zwecks einer Sammlung; beides wurde angenom-men. Mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II erfolgte alsdann Schluß der Ver-sammlung. B. K.

**Breslau.** Am 19. Oktober fand hier eine gut be-suchte außerordentliche General-Versammlung statt. Diefelbe war zu dem Zweck einberufen, eine Ände-rung im Unterstützungsweisen vorzunehmen. Unser Verbandskassierer wohnte der Versammlung bei und wurde derselbe vom Vorsitzenden namens der Bres-lauer Zahlstelle begrüßt. Da die Meinungen über die Regelung des Unterstützungsweisen sehr geteilt waren und die Einführung des zweifachen Bei-tragsystems eine vollständige Änderung des Unter-stützungsgreglements zur Folge hat, sich auch die Vorschläge des Verbandsvorstandes, die derselbe durch Kollegen Lohdohr verkinden ließ, nicht so ohne weiteres einführen lassen, wurde der Vorstand be-auftragt, ein neues Unterstützungsreglement auszu-arbeiten, und soll daselbe ab 1. Januar 1904 in Kraft treten. Das Gehalt des Kollegen Rannell um Gewährung von Arbeitslosen-Unterstützung wurde abgelehnt; Rannell ist als Invaliden zu betrachten. Aufgenommen wurden die Kollegen Schulz, Zinder, Söhnauß, Varnich, Klingenberg, Hoffmann, Koich-lig, Berger, Schleimschod, Warfche, Freijner und Kirschmann. Der Vorsitzende begrüßte dieselben in üblicher Weise, ersuchte sie, immer neue Mitglieder zu werben unter dem Hinweis, daß für die Kollegen-schaft eine erste Zeit herannahe. Nach Erlebigung mehrerer örtlicher und leider auch persönlicher An-gelegenheiten wurde die Versammlung nachts 1 Uhr geschlossen. E. W.

**Reipzig.** Am 19. Oktober fand hier eine gut be-suchte öffentliche Versammlung statt, in der die Ver-bandsvorsitzende Koll. Thiede über den Wert der ge-werkschaftlichen Arbeitsnachweise referierte. Rednerin schilderte die Arbeitsvermittlung in Berlin vor Gründung unserer Organisation bis zur Gegenwart und zeigt durch Beispiele wie großen gemeinsamen Nutzen die gut eingerichteten Arbeitsnachweise uns gebracht haben, und zählt auf, wie viel Arbeits-nachweise im Verband und Beruf bestehen, wie sie geleitet werden und welche Vorteile den Kollegen und Kolleginnen dadurch erstanden sind. Kollegin

**Zhiede** schließt ihren interessanten, mit Beifall aufgenommenen Vortrag mit einem Appell an die Anwesenden, unausgesetzt für die Organisation zu agitieren. — Kollege Schulze dankte der Koll. Zhiede namens der Versammlung für ihren Vortrag. Zu diesem ersten Punkte ging eine Resolution ein, die besagte: Nach dem Referat der Koll. Zhiede erklärt die Versammlung, daß es notwendig ist, daß ein besser funktionierender Nachweis in Leipzig geschaffen werden muß. Ferner wird die Verwaltung Leipzig beauftragt, für die Einrichtung desselben zu sorgen und der Mitgliedschaft darüber Bericht zu erstatten. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Böhm und Herrmann für die Notwendigkeit eines Nachweises am Ort aus. Kollege Schulze empfiehlt nach Errichtung des Nachweises ein Flugblatt in Kollegen- und Unternehmenskreisen zu verbreiten, um die Errichtung in den genannten Kreisen bekannt zu machen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. — Zum zweiten Punkt: Bericht vom Schleiferkongreß referierte Kollege Herrmann. Derselbe giebt einen kurzen allgemeinen Bericht. (Siehe den Bericht in Nr. 22 der Solid.) — In der Diskussion zu diesem Punkte sprach Kollege Schulze, daß die Taktik, die unterseits in der Schleiferfrage eingeschlagen wurde, keinen Widerstand fand, doch eine gute sei. Kollegin Zhiede bemerkte in ihren Ausführungen über den Steinschleiferkongreß, daß kein Delegierter aus dem Verein der Lithographen, Stein-drucker und Berufsengenossen im Stande war, die sachlichen Auseinandersetzungen der Delegierten aus dem Verband der Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen zu widerlegen. — Im dritten Punkt: Wahl eines Vertrauensmannes wird Kollege Wolfen gewählt. Kollege Schulze richtet an die Mitglieder das Ersuchen, die Beiträge regelmäßiger abzuliefern, um dem Kassierer die Möglichkeit zu geben, sein Amt gut zu versehen. Nachdem Kollege Jähniert noch einen Mißstand bei einer hiesigen Firma vorbrachte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Berlin.** Kombinierte Versammlung der beiden Berliner Jahrestellen am 25. Oktober d. J. unter Vorsitz des Kollegen Meich und der Kollegin Teske. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Zweck und Ziele unserer Organisation“ referierte Kollegin Zhiede. In klarer und verständlicher Weise bespricht dieselbe die Anfänge und Entwicklung der seit 38 Jahren bestehenden Gewerkschaftsbewegung, der bereits über eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen angehören. Aus den kleinsten Anfängen wurde durch eigene Kraft Großes geschaffen. Die Gewerkschaften führten zuerst Kranken- und Sterbunterstützung ein, und in letzter Zeit Arbeitslosen-, Streit- und Wohnregelungsunterstützungen. Es wurden auch Zeitungen gegründet, um die Zwecke und Ziele der Bewegung: Verhinderung der Arbeitszeit und Verbesserung der Lohnverhältnisse, unter der Arbeiterkraft zu verbreiten. Auch wir können uns hier zu den Organisationen rechnen, welche Großes geleistet haben. Die Berliner Kollegen und Kolleginnen gründeten im Jahre 1889 ihre Organisation, zu einer Zeit, wo die Lohnverhältnisse im Beruf noch sehr traurig waren. Anleiterinnen verdienten damals 10–10,50 Mk., Pflanzlerinnen 13–14 Mk., Anleger und sonstige Hilfsarbeiter 15–18 Mk. pro Woche. Vergleicht man die heutigen Löhne mit den damaligen und sieht man in Betracht, daß wir keine größeren Streiks brauchten, um unsere Lage von Jahr zu Jahr zu verbessern, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß unsere Kraft in den gut funktionierenden Arbeitsnachweisen und in unserer Taktik liegt. Im Jahre 1896 traten wir in den Ausstand, um die neunmündige Arbeitszeit zu erzwingen. Mit wenigen Ausnahmen ist uns dies gelungen. Man trat an uns auch die Pflicht heran, uns um die Provinz zu kümmern. Im Jahre 1897 wurde eine Agitationskommission eingesetzt, welche die Vorarbeiten für die 1898 erfolgte Verbandsgründung erledigte. Mit Unterstützung der verwandten Berufe, der Gewerkschaftsfraktionen und der zur Agitation und Ausbreitung der Zentralverbände gebildeten Generalkommission ist es gelungen, in allen größeren Druckorten Jahrestellen ins Leben zu rufen. Rednerin führt Beispiele an, wie in all den Berufen, wo die Organisationen noch nicht so kräftig sind, die längste Arbeitszeit herrscht und die niedrigsten Löhne bezahlt werden. Es wird immer behauptet, daß Arbeiterinnen für die Organisation nicht zu gewinnen sind. Unser Verband beweist, hauptsächlich in Berlin, Stuttgart und München, daß dieselben doch ihre Interessen vertreten. Der viel besagte Indifferenzismus der Arbeiterin wird durch falsche Erziehung und die Rechtlosigkeit der Frau im Staate hervorgerufen. Wir haben wohl dieselben Pflichten wie die Männer, aber keine Rechte. Wir dürfen uns nicht einmal an den Gewerkschaftswahlen beteiligen. Dadurch wird das Rechtsbewußtsein bei der Arbeiterin nicht geweckt und darauf müssen wir Rücksicht nehmen und überall aufklärend wirken.

Auf die Altersveriorung der Arbeiter übergehend bepricht die Referentin die „Kürzlinge“, die der deutsche Staat seinen allen Arbeitern angedeihen läßt und zeigt durch Beispiele, wie unzureichend diese ist; sie erläutert die Schwierigkeiten, bei Unfällen ausreichende Rente zu erhalten und weist auf das im Jahre 1902 auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß gegründete Zentral-Arbeitersekretariat hin, welches aus ein Kraft- und Nachweis der zentralorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ist und denselben unentgeltliche Vertretung bis zur letzten Instanz garantiert. Die erziehend große Zahl von Opfern, welche jedes Jahr auf dem Schlachtfeld der Arbeit unter den Arbeitern und Arbeiterinnen gefordert werden, haben diese Einrichtung zur Notwendigkeit gemacht. Durch weitere Beispiele weist Rednerin nach, daß wir als Arbeiter nur auf die eigene Kraft angewiesen sind und nur durch große und gute Organisationen Besserung erwarten können.

So ist die Lage der Steindrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen infolge des bisherigen Fehlens einer Organisation eine sehr traurige. Auch unter diesen Kreisen muß unser Verband für eine Verbesserung der Verhältnisse sorgen. An der Hand von statistischem Material zeigte Rednerin den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung und ihren Einfluß auf die Lebenshaltung der Arbeiterkraft. Wir wollen mit ungebrochener Kraft weiterarbeiten an dem Ausbau unseres Verbandes, durch den wir bis jetzt Erfolge errungen haben, und durch welchen wir allein unsere Ziele erreichen können, bis die Zeit anbricht, wo wir mit dem Dichter sagen können: Die Geister sind erweckt, es ist eine wahre Lust zu leben!

Die Versammlung dankte der Rednerin für ihren einstündigen Vortrag mit langandauerndem Beifall. Nachdem noch Kollegin Teske zur regen Agitation auffordert und einige Redner die traurigen Verhältnisse in den Steindruckereien besprochen, wird dieser Punkt geschlossen.

Nach einer Pause von 15 Minuten, während welcher Renaufnahmen vorgenommen wurden, erhält zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu den Anlegearrangen?“ Kollege Jähniert als Referent das Wort. Derselbe führt aus, daß die Beurteilung der Apparatur eine der schwierigsten Fragen für unseren Verband ist. Trotzdem das Problem nicht mehr neu ist, hat die Kollegenchaft bis jetzt der Einführung des Selbstanlegers mit „eiserner“ Ruhe zugehört, obwohl nicht behauptet werden kann, daß dies an der Verständnis- oder Interessenlosigkeit liegt. Wir leben in einer Zeit, wo man durch die rasche Auseinanderfolge solcher Erfindungen gegen alles Neue abgehängt wird. Auch denken manche, der Apparat könnte uns durch seine Mangelhaftigkeit nicht mehr gefährlich werden. Es ist aber bereits darauf hingewiesen worden, daß an Konstruktionsverbesserungen gearbeitet wird. Dies muß zu denken geben und die Kollegenchaft aus ihrer lethargie aufwachen. Nachdem Redner die Tätigkeit des Apparates und die durch denselben verursachte Schädigung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklärt, weist er auf die notwendige Bedienung, die der Selbstanleger erfordert, hin. Hierzu verurteilt die Prinzipale jugendliche Arbeiter zu verwenden oder aber, um sogar diese geringen Löhne zu sparen, die Arbeiten von den Maschinenmeistern verrichten zu lassen. Wir aber haben ein Recht zu fordern, daß nach wie vor unsere Kollegen und Kolleginnen die Hilfsarbeiterarbeiten verrichten und heizen in unserer Organisation auch die Kraft, solche Forderungen durchzusetzen. Der Referent empfiehlt folgende von einer kombinierten Sitzung ausgearbeitete Resolution zur Annahme:

In Erwägung, daß durch die Einführung des Anlegearrantes ein großer Teil der an Buchdruckerpressen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen entbehrlich werden soll; in fernerer Erwägung, daß jede technische Erfindung nicht der Allgemeinheit, sondern nur dem Unternehmertum Vorteile bringt, beschließt die am 25. Oktober 1903 stattfindende kombinierte Versammlung der beiden Berliner Jahrestellen des Verbandes der Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands:

Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine Schädigung der Hilfsarbeiterkraft Front zu machen, zu verhindern, daß zur Bedienung der Apparate jugendliche, minderbezahlte Arbeitskräfte herangezogen werden und dahin zu wirken, daß nur erwachsene, bereits längere Zeit im Beruf tätige Personen beschäftigt werden.

Die Versammelten erwarten, daß die organisierten Maschinenmeister nach wie vor alle, nicht in ihr Ressort gehörende Arbeiten verweigern.

Mit der Durchführung dieses Beschlusses wird der Verbandsvorstand betraut.

Nach längerer Diskussion, während welcher verschiedene Redner ihre Erfahrungen an den Apparaten zum Besten geben und auch das Verhalten einer größeren Druckerei am Ort einer scharfen Kritik unterworfen wird, findet die Resolution einstimmige Annahme.

Unter Verschiedenem teilt Kollege Meich mit, daß Jahrestelle I am 12. November, Jahrestelle II am 18. November (Antrag) Versammlung abhalten und Jahrestelle III (Steindrucker-Hilfsarbeiter) sich demnächst konstituieren wird. Auf Antrag Krüchinsfuß wird bis zu ca. 300 Personen beehrte Versammlung mit einem Koch auf die Berliner Jahrestellen und den Verband um 7 Uhr abends geschlossen.

**Strazburg i. G.** Die am 25. Oktober abgehaltene Generalversammlung war nur mäßig besucht. Nach Verlesung des Protokolls und Erledigung des Kasienberichts wurde beschlossen, den Bericht über die Süddeutsche Konferenz zur nächsten Versammlung zurückzustellen. Ferner wurde auf Antrag des Kollegen Wolf beschlossen, das Stimmrecht zu feiern. Nachdem Kollege Baurichter mitgeteilt hatte, daß sich 6 Kollegen zur Aufnahme gemeldet haben, forderte er alle auf, sich rege an der Agitation zu beteiligen und schloß hierauf die Versammlung.

**Redaktions-Briefkasten.**  
G. D. V.-I. Betrachtungen über den Steinschleiferkongreß zur Nr. 24 zurückgestellt. Gruß und Dank.  
Die Versammlungsberichte aus Grimmitzsch, Neu-Stuppin und Hamburg mußten wegen Raum-mangel zurückgestellt werden.

## Versammlungsanzeigen.

**Jahrestelle Dresden.** Sonnabend, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr: **Öffentliche Versammlung** im Volkshaus, Ribbenbergstr. 2, Zimmer 6–7. Tagesordnung: 1. Bericht von der Schleifer-Konferenz. 2. Wahl des Vertrauensmannes und Stellvertreters. 3. Bericht vom Arbeitsnachweis. 4. Gewerkschaftliches. Am zahlreichen Besuch erucht Der Vertrauensmann.

**Berlin, Jahrestelle II (Hilfsarbeiter).** Mittwoch, den 18. November 1903 (Antrag), nachm. 1 Uhr, bei Feuerknecht, Alte Jakobstr. 75 (ex. Scall).  
3. ordentliche Generalversammlung.  
Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder, Beitragszahlung und Ausschluss der Restanten. 3. Vierteljahresberichte. 4. Statutenänderung (Erhöhung der Beiträge). 5. Ergänzungswahl zum Vorstand. 6. Wo wird in Zukunft die Arbeitslosen-Unterstützung ausgezahlt? 7. Verschiedenes. — Nach der Versammlung gefälliges Beisammensein (Bergangen und Tang). — Am voll-zähligen Erscheinen erucht Der Vorstand.

**Vertrauensmänner-Sitzung**  
am 11. November cr., abends 8 Uhr beim Kollegen Stephan, Rautiger-Platz 12. — Der dort zur Verhandlung stehenden wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Vertrauensleute, zu erscheinen.  
Der Vorstand.

**Jahrestelle Dresden.** Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kollegen Fied, Amonstraße 20. Die Kollegen und Kolleginnen werden erucht, den unentgeltlichen Arbeitsnachweis zu benutzen. Stellungen sind vorhanden.  
Der Vertrauensmann.

**Nachruf.**  
Am 12. Oktober cr. verstarb nach kurzem Leiden unser Kollege  
**Otto Bielefeldt**  
im 46. Lebensjahre an Kopfschmerz.  
Als bewährtes Verbandsmitglied wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Der Vorstand der Jahrestelle II Berlin.

**Nachruf.**  
Am 30. Oktober verstarb nach langem Leiden unser braves Mitglied, der Einleger  
**Fritz Mannel**  
im blühenden Alter von 26 Jahren.  
Seine Pünktlichkeit und Bereitwilligkeit im Verbandsinteresse sichern ihm bei uns ein ehrendes Andenken.  
Die Jahrestelle Dresden.